Bundesamt
für Güterverkehr

J hvf kŒ€wvehuf kw#533<

Bundesamt
für Güterverkehr

Geschäftsbericht 2009

Aufgaben - Organisation - Tätigkeiten

Köln, Mai 2010

Impressum

Herausgeber: Bundesamt für Güterverkehr
Presse- & Öffentlichkeitsarbeit
Werderstraße 34
50672 Köln

Tel.: 0221-5776-1620
Fax: 0221-5776-1625
E-Mail: presse@bag.bund.de
Internet: http://www.bag.bund.de

Redaktion: Renate Rademacher, Horst Roitsch

Bilder: Atelier für Mediengestaltung, Tobias D. Kern
Jan Bergrath, Freier Journalist, Köln
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Toll Collect GmbH

Druck: Druckerei des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Erstellt mit dem Open Source Programm Scribus

Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

das vergangene Jahr war vor allem geprägt von den Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise, die auch vor dem Verkehrsgewerbe nicht Halt gemacht hat. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise beeinflussten in hohem Maße die Berichterstattung der Marktbeobachtung des Bundesamtes und beherrschten die Themen und Prognosen des Jahres- sowie der zahlreichen Sonderberichte.

2009 wurde das Bundesamt vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit der Betreuung der „Gleitenden Mittelfristprognose für den Güter- und Personenverkehr“ beauftragt. Diese beinhaltet detaillierte Aussagen zur kurz- und mittelfristigen Entwicklung des Beförderungsaufkommens und der Verkehrsleistung in Deutschland sowie zu den Erfüllungsgrößen auf die Verkehrsnachfrage. Sie ist eine vielbeachtete Voraussage, die der Beurteilung der Verkehrskonjunktur im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und als Basisinformation für verschiedene politische Aktivitäten dient. Darüber hinaus ist sie ein wichtiges Hilfsmittel bei der Entscheidung über Investitionen.

Im Bereich der Rechtsentwicklung ist besonders die Beteiligung des Bundesamtes am sogenannten „Road-Package" (Regelungspaket zum Recht des Straßengüter- und Straßenpersonenverkehrs) zu erwähnen, das mit Inkrafttreten der entsprechenden Verordnungen im Berichtsjahr zum Abschluss gebracht werden konnte. In diesen Verordnungen werden die Voraussetzungen für den Markt- und Berufszugang im Straßengüter- und Straßenpersonenverkehr umfassend neu geregelt. Ferner arbeitet das BAG daran, die notwendigen rechtlichen und technischen Voraussetzungen für ein „Europäisches Einzelstaatliches Register (EER)“, zum gemeinschaftsweiten Informationsaustausch über Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmen, zu schaffen.

Wieder hat sich die Notwendigkeit wirksamer Straßenkontrollen bestätigt. Es mussten 2009 ca. 18 % aller kontrollierten Fahrzeuge beanstandet werden. Dabei wurden rund 181.200 Verstöße gegen Vorschriften verschiedener Rechtsbereiche festgestellt. In 8.504 Fällen führte dies zur Untersagung der Weiterfahrt bzw. bei ausländischen Kraftfahrzeugen sogar zur Verweigerung der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland. Der regelmäßige Austausch von Kontrollpersonal mit unseren europäischen Nachbarn wurde auch 2009 weiter intensiviert. Höhepunkt war hierbei eine gemeinsame Grenzkontrolle an der deutsch-französischen Grenze anlässlich des 10-jährigen Jubiläums von Euro Contrôle Route (ECR), an der 21 Nationen teilgenommen haben.

Wie zu erwarten war, wirkte sich die Wirtschaftskrise auch gravierend auf die Fahrleistungen der mautpflichtigen schweren Nutzfahrzeuge aus. Die Fahrleistung sank gegenüber dem Vor-

jahr um 3,2 Mrd. km, was einem Rückgang von rund 11,6 % entspricht. Aufgrund der zum 1. Januar 2009 erfolgten Anpassung der Mautsätze stieg jedoch der Mautumsatz um 0,94 Mrd. Euro auf insgesamt 4,41 Mrd. Euro. Die hohe Akzeptanz der Lkw-Maut spiegelt sich in der dauerhaft sehr geringen Beanstandungsquote, die im Jahr 2009 sogar unter 1 % liegt, wider.

Ich wünsche dem Verkehrsgewerbe, dass sich die zwischenzeitlich abzeichnende Wiederbelebung der Wirtschaftskonjunktur auch für das Güterverkehrsgewerbe nachhaltig positiv auswirkt.

Köln, im Mai 2010

Andreas Marquardt
Präsident des Bundesamtes für Güterverkehr

Inhalt

Vorwort des Präsidenten

Bundesamt für Güterverkehr 10

Mitwirkung bei der Rechtsentwicklung für den
Straßengüter- und Straßenpersonenverkehr 11
- Rechtsentwicklung
- Fachliche Schulung
- Sonstige Aktivitäten

Straßenkontrollen 15
- Euro Contrôle Route (ECR)
- KOWIKA
- Fahrpersonal / Digitales EG-Kontrollgerät
- Technische Unterwegskontrolle
- Kontrollergebnisse für das Jahr 2009
  - Maßnahmen

Marktzugang im nationalen und internationalen
Straßengüter- und Straßenpersonenverkehr 20
- Besonderheiten im Jahr 2009
- Erteilung von CEMT-Genehmigungen und CEMT-Umzugsgenehmigungen
- Ausgabe von bilateralen Genehmigungsurkunden
- Mitwirkung in Genehmigungsverfahren der Länder
- Unternehmensdatei / Werkverkehrsdatei
- Betriebskontrollen
- Straßenpersonenverkehr

Ordnungswidrigkeitenverfahren 23

Lkw-Maut 27
Aktuelles
Mautsystem
Grundsatzfragen Lkw-Maut
Straßenkontrollen Maut
Ergebnisse der Mautkontrollen im Jahr 2009
Betriebskontrollen Maut
Ordnungswidrigkeitenverfahren Maut / Nacherhebung
Betreiberüberwachung / Rechnungswesen
Aufgaben der Betreiberprüfung
Aufgaben der Mautstellenprüfung
Einnahmeprüfung
Prüfung der Betreibervergütung
Mauterstattung

Verkehrsträgerübergreifende Marktbeobachtung 37
Gesetzliche Grundlagen und Ziele
Marktbeobachtung Landverkehr
Marktbeobachtungsberichte
Themenschwerpunkte 2009
Neue Aufgaben

Internationaler Luftverkehr 40

Konzessionsabgabe für das Betreiben von Autobahnnebenbetrieben 41

Luftverkehr des Bundes 42

Statistiken des Güterkraftverkehrs 42
Struktur der Unternehmen des Güterkraftverkehrs
- Unternehmensstatistik
Erhebungsmerkmale, Akzeptanz und Ablauf
Fahrleistungen auf mautpflichtigen Straßen
-Mautstatistik

Zivile Notfallvorsorge im Straßengüterverkehr 45
Transportorganisationen
Sicherung von Verkehrsleistungen

Zuwendungsverfahren 47

Dienstleistungszentrum Reisestelle 48

Zentrale Dienste 50
Allgemeines
Personal
Ausbildung
Fortbildung
Informationstechnik (IT) im Bundesamt

Einnahmen und Ausgaben 53

Organisationsplan des BAG 54

BAG
BAG
BAG
BAG
BAG

Bundesamt für Güterverkehr

Das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) ist eine selbstständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Es hat seinen Sitz in Köln und wird von dem Präsidenten geleitet.

Die Behörde gliedert sich in eine Zentrale (Köln) sowie acht Außenstellen und drei Außenstellen mit Schwerpunktaufgaben. Die Zentrale besteht aus vier Abteilungen und neunzehn Referaten. In den Referaten werden Aufgaben wahrgenommen, deren einheitliche Bearbeitung für den gesamten Geschäftsbereich des Amtes notwendig und zweckmäßig ist. Es handelt sich um folgende Aufgabenfelder:

- Rechtsentwicklung,
- Planung, Koordinierung und Steuerung der Straßen- und Betriebskontrollen, der Marktzugangs- und Ordnungswidrigkeitenverfahren sowie der zivilen Notfallvorsorge,
- Erhebung und Verwaltung der Lkw-Maut, Kontroll-, Prüfungs- und Überwachungsfunktionen (nicht hoheitliche Tätigkeiten obliegen einem privaten Dienstleister),
- Verkehrsträgerübergreifende Marktbeobachtung,
- Verkehrsfachstatistiken,
- Erhebung und Verwaltung der Konzessionsabgabe der Autobahnnebenbetriebe,
- Genehmigung und Überwachung der Beförderungsentgelte im Fluglinienverkehr,
- Zuwendungsverfahren,
- Dienstleistungszentrum Reisestelle,
- Disposition und Aufsicht über den Shuttle- und Pendlerverkehr Bonn-Berlin,
- Allgemeine zentrale Verwaltungsaufgaben (Organisation, Personal, Haushalt, Kassen- und Rechnungswesen, Informationstechnik, Innerer Dienst).

Die Außenstellen sind für die Aufgaben zuständig, welche eine enge Zusammenarbeit mit den Verkehrsbehörden der Länder oder Kontakte zu Unternehmen, Verbänden und anderen Stellen sowie Prüfungen und Kontrollen vor Ort erfordern. Sie sind in Sachbereiche gegliedert. Dementsprechend sind die Außenstellen in Dresden, Erfurt, Hannover, Mainz, München, Münster, Schwerin und Stuttgart für die Durchführung von Straßenkontrollen, Ordnungswidrigkeitenverfahren, Marktzugangsverfahren, Betriebskontrollen und für allgemeine dezentrale Verwaltungsaufgaben zuständig.

In den Außenstellen mit Schwerpunktaufgaben in Bremen, Kiel und Saarbrücken werden ausschließlich ordnungsrechtliche Verfahren durchgeführt, vorrangig Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen ausländische Betroffene.

Das BAG und seine Außenstellen